

Verlagsbestimmungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-295. Tel.-Morcele: Sozialdemokrat Berlin.

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-6 Uhr. Druckerei: Vormärz-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507.

Luthers Schwierigkeiten.

Sitzungen, nichts als Sitzungen . . .

In der Mittagsstunde meldet Telegraphen-Union: Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist um 11 Uhr zu einer Beratung zusammengetreten, an die sich eine Sitzung der Gesamtfraktion schloß. Die Reichstagsfraktion des Zentrums trat bereits um 11 Uhr zusammen. Die Sozialdemokraten trafen sich um 11 Uhr. Später folgten auch die anderen Fraktionen zusammen.

Von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der Dinge sind die Fraktionsführungen der Deutschnationalen und des Zentrums. Die Parteien sollen sich über ihre Stellungnahme zur Vertrauensfrage für das Kabinett Luther klar werden. Während die Zentrumsfraktion vorläufig Anträge berät, hatte der Reichsfinanzminister Dr. Luther kurz nach 11 Uhr eine Aussprache mit dem bisherigen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Sobald die Deutschnationalen und die Zentrumsfraktion ihre Entscheidungen getroffen haben, und das Vertrauensvotum für die neue Regierung durch entsprechende Zusagen gesichert erscheint, wird Dr. Luther den Reichspräsidenten ansuchen und sich mit der Kabinettsbildung offiziell betrauen lassen. Die endgültige Aufstellung der Ministertafel dürfte dann nur noch eine Frage von Stunden sein.

Nach der Besprechung mit Reichsarbeitsminister Brauns empfing Dr. Luther Herrn Stöckel, der für das Postministerium im neuen Kabinett in Aussicht genommen ist. Seit 10 Uhr vormittags lag im Reichstag auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei.

Nach der heutigen Plenarsitzung des Reichstages treten weitere 15 Ausschüsse zu ihrer Konstituierung zusammen. Es handelt sich hauptsächlich um Ausschüsse, die bereits im vorigen Reichstag tätig gewesen sind.

So schwierig wie das Zustandekommen der Luther-Regierung gewesen ist, scheint auch die Zukunft dieses neuen Cuno-Regimes werden zu sollen. Niemand möchte sich gern zu ihm bekennen. Sein Vertrauen will das Zentrum dem neuen Kabinett nicht aussprechen, im Gegenteil, die „Germania“ schreibt ausdrücklich:

„Heute schon läßt sich sagen, daß das Zentrum der neuen Regierung in völliger Freiheit gegenübersteht. Luther will ein überparteiliches Kabinett bilden, trotzdem die Art der Verhandlungen den Eindruck erweckt, als ob der Reichsfinanzminister die Bildung einer parlamentarischen Regierung erstrebe. Aber die Regierung Luther wird keine parlamentarische Regierung sein, wenigstens so weit das Zentrum in Frage kommt. . . . Weil in der Tat nur ein Ausweg übrig bleibt, will ihn das Zentrum nicht versperrt. Grundständige Opposition widerstrebt dem Charakter unserer Partei. Aber die neue Regierung muß sich darüber klar sein, daß sie vom Zentrum lediglich nach ihren Taten beurteilt und behandelt werden wird.“

Und die Taten des neuen Kabinetts? Die Taten wird man sehen. Und nicht nur das Zentrum wird gezwungen sein, zu den Taten des Kabinetts Stellung zu nehmen. Sein Stempel wird ihm aufgedrückt durch den Willen der Deutschnationalen, die verloren gegangene Regierungsgewalt wieder zu übernehmen, die Republik abzubauen und durch den Willen der Schwerindustrie wirtschaftlich freie Bahn zu haben. Die „Zeit“ wird deutlich:

„Lange zankte man sich um das parteiliche Problem der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierungsbildung herum

und sieht gar nicht, daß nach Dawes-Plan und Londoner Abkommen für Deutschlands Politik zunächst die Etappe der Wirtschaftspolitik heraus steht, für die die Grundfrage nicht mehr „Republik — Monarchie?“ oder ähnliche Formulierungen, sondern für die allein das Grundproblem „Privatwirtschaft — sozialistische Wirtschaft?“ ist.

Kögen sich diese politischen Kreise vor der Erkenntnis solcher Wahrheit vorläufig noch sträuben, auf die Dauer wird das Sträuben vor der zwingenden Gewalt der tatsächlichen Entwicklung unmöglich werden. Deutschland wird den Weg des Dawes-Plans nur gehen können, wenn seine Wirtschaft die Mittel dazu bereit stellt. Die politischen Kräfte müssen dazu im Sinne privatwirtschaftlicher Anschauung mit allen erforderlichen Mitteln helfen, sonst — sabotieren sie den Dawes-Plan! So wird die nächste Zeit und die nächste Kräftegruppierung die Periode entschlossener „bürgerlicher“ Wirtschaftspolitik sein müssen.“

Die Großindustrie zieht das Bündnis mit den Junkern vor, weil das Portemonnaie wichtiger ist als alles andere. — Das ist der Kern der Situation. Die Unternehmer wollen alleine regieren und Herren im Hause sein. Auch hier wird es heißen: Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Ein lutherischer Ministerkandidat.

Neuhaus aus der Rathenau-Zeit.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der mit der Kabinettsbildung betraute Reichsfinanzminister Dr. Luther hat neben anderen Persönlichkeiten auch den Ministerialdirektor a. D. Neuhaus als Mitglied seines Kabinetts in Aussicht genommen.

Wir halten es für unsere Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten darauf hinzuweisen, daß Ministerialdirektor Dr. Neuhaus seinerzeit nicht nur den Eid auf die Verfassung verweigert hat, sondern auch als Ehrenvorsitzender des deutschnationalen Jugendbundes die Verbindung zwischen dem später wegen Teilnahme an der Ermordung Rathenaus verurteilten „Leutnant“ Günther und dem General Ludendorff vermittelt hat sowie an dem berühmten Festabend des DNJ. am 24. Juni 1922 jugend war, auf dem Günther als Mörder Rathenaus gefeiert wurde. (Beweismaterial: Amtliches Stenogramm des Rathenau-Prozesses.)

Die Kenntnis dieser Tatsache dürfte zur Bewertung des in Vorschlag gebrachten Ministers der Republik genügen.

Deutsche Liga für Menschenrechte. gez.: von Gerlach.

Herr Cuno präsentiert seinerzeit in seinem „überparteilichen“ Kabinett den Separatisten Müller-Bonn, von dem jetzt gemeldet wird, daß er wegen Betrugsereien aus seiner Stellung als Geschäftsführer des Rheinischen Bauernbundes ausgeschlossen sei.

Herr Luther bildet ein „überparteiliches“ Kabinett, das einen Eidesverweigerer und einen Freund der Rathenau-Mörder enthält! Braucht es mehr zu seiner Charakterisierung?

Skandinavien mit seinem rein westeuropäischen Gepräge. es mehr von den Ländern südlich des finnischen Meerbusens als von London, 15. Januar. (WZ.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der bevorstehenden Konferenz der baltischen Staaten in Helsingfors, der estländische Gesandte Kallas habe gestern auf dem Foreign Office eine Unterredung mit Chamberlain gehabt. Der Berichterstatter erklärt, der wichtigste Punkt der baltischen Konferenz, nämlich der mögliche Abschluß eines Defensivbündnisses zwischen Finnland, Polen, Lettland und Estland werde nicht auf dem offiziellen Programm stehen infolge des Argwohns und der Empfindlichkeit Sowjetrusslands. Diese Frage werden jedoch außerhalb des Konferenzzimmers erörtert werden. Es brauche jedoch nicht angenommen zu werden, daß irgendein konkreter Abschluß über die Frage eines derartigen Paktes unter den augenblicklichen Umständen gefaßt werde. Es werde vielleicht als praktisch angebracht, den Abschluß zu verschieben, bis das Schicksal des Genfer Protokolls endgültig bekannt sei.

Die Opposition gegen Mussolini.

Rom, 15. Januar. (WZ.) Giolitti, Salandra, Orlando und ihre Anhänger brachten in der Kammer folgende Tagesordnung ein, die in der Freitagssitzung der Kammer durch Orlando näher begründet werden soll: Die Kammer ist der Ansicht, daß alle Fragen, welche den Wahlen betreffen, voll und ganz voraussetzen, daß der Volkswille berücksichtigt wird, welcher sich ganz frei äußern muß, und zwar von den einzelnen Bürgern in Haus, in der Presse, in Versammlungen und in Vereinen. Da ein solcher Zustand aber augenblicklich nicht vorhanden ist und auch in absehbarer Zeit nicht vorhanden sein kann, geht die Kammer zur Tagesordnung über.

In den Kreisen der Opposition ist man der Ansicht, daß nach Einbringung einer solchen Tagesordnung, welche sich mit den Forderungen der Antin-Opposition deckt, Neuwahlen unter der jetzigen Regierung nicht stattfinden werden.

Das bayerische Konkordat.

Von Alwin Saenger.

Das bayerische Unterrichtsministerium hat dem bayerischen Landtag den Entwurf eines Mantelgesetzes samt einem Konkordate mit der katholischen Kirche und Verträgen mit den evangelischen Kirchen zur „verfassungsmöglichen Behandlung“ vorgelegt. Man könnte die Frage aufwerfen, ob der Freistaat Bayern heute überhaupt berechtigt war, ein neues Konkordat mit dem päpstlichen Stuhle zu schließen, ob Bayern die Berechtigung hatte, in dem vorliegenden Umfang eine Entscheidung des Reiches vorzugreifen. Es mag nur darauf verwiesen werden, daß das Konkordat in seinem Artikel 6 eine authentische Erklärung des Begriffes „geordneter Schulbetrieb“ gibt, obwohl die Reichsverfassung in ihren Artikeln 174 und 176 Absatz 2 die Beantwortung dieser Frage seiner Beilegung vorbehält.

Es genügt zur Charakterisierung des unerhörten und von der deutschen Öffentlichkeit noch lange nicht hinreichend gewürdigten Rückschlusses auf kulturellem Gebiete auf die Bestimmungen des Konkordates hinzuweisen. Die Verträge, die zwischen dem bayerischen Staate und der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheines und der vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche der Pfalz abgeschlossen worden sind, schließen sich grundsätzlich den staatspolitischen Auffassungen an, die in dem Konkordate deutlich genug zum Ausdruck treten. So ist der verfassungswidrige Artikel 5 des Konkordates, der für die katholische Kirche ein verfassungswidriges Schulaufsichtsrecht vorsieht, in seinen wesentlichen Teilen wörtlich in den Vertrag mit der protestantischen Kirche rechts des Rheines aufgenommen worden.

Die spitzfindigsten Auslegungsfünfte derer, die in den neuen bayerischen Kirchenverträgen einen Sieg ihrer Weltanschauung erblicken, ändern nichts an der nüchternen Tatsache, daß Konkordat und Protestantenverträge ein eindeutiger Schritt in der Richtung sind, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche entgegen dem reichsrechtlichen Verfassungsgrundsatz von der Trennung des Staates und der Kirche immer enger zu schließen. In dem § 2 des Artikels 1 des Konkordates erkennt der bayerische Staat das Recht der Kirche an, „im Rahmen ihrer Zuständigkeit Befehle zu erlassen und Anordnungen zu treffen, die ihre Mitglieder binden“. Dieser Satz ist geradezu ein Hohn auf die Reichsverfassung, auf die staatspolitischen Grundsätze des 20. Jahrhunderts und man vermischt eigentlich nur noch die Bereitwilligkeit des Staates, der Kirche zur gewaltsamen Erzwungung ihrer Befehle den „weltlichen Arm“ zu leihen. Zum mindesten hätte diese „Bindung“ der Kirchenmitglieder nur als eine Bindung im Geiste festgelegt werden dürfen. Zur Feststellung einer solchen Bindung dem Gewissen nach wäre aber überhaupt ein Konkordat eben gar nicht nötig gewesen; denn ein derartiges Recht der Kirche besteht auch ohne Konkordat. Eine solche ausdrückliche Zusicherung gegenüber der Kirche erscheint allerdings am Platze in einem Konkordat, in dem sich ungefähr 50 bindende Rechtsverpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche vorfinden, während die Kirche dem Staate kaum 5 Zusicherungen macht.

Die kirchenpolitische Befehlsgewalt Bayerns im vorigen Jahrhundert und namentlich in dem zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erscheint im Vergleich zu dieser neuesten Befehlsgewalt als eine absolute Sicherung der staatlichen Oberhoheit gegenüber den Ansprüchen der Kirche. In dem bayerischen Konkordat des Jahres 1924 findet sich kein Rechtsatz, daß die Grundgesetze des Staates den Kirchengesetzen vorgehen. In der bayerischen Kirchengesetzgebung des verfloffenen Jahrhunderts konnte man allerdings noch etwas „von den unveräußerlichen Majestätsrechten des Regenten“ in der zweiten Verfassungsbeilage, dem sogenannten Religionsedikte, lesen. Noch in einer bayerischen Ministerialentscheidung vom Jahre 1873 wurde ausdrücklich in konsequenter Fortführung der stets geltenden Auffassung erklärt, daß „die bestehenden Grundgesetze des Staates sowie die übrigen hierher bezügliche Gesetzgebung des Landes die Norm geben und noch den Regeln des Rechts ihrem ganzen Inhalte nach zur Anwendung gebracht werden“.

Nahes in allem, was das Konkordat über die Schule festsetzt, reißt sich ein Borstloch gegen die Reichsverfassung an den anderen. Die Bestimmungen über die Vorbildung und rechtliche Stellung der Lehrer, über die Beaufsichtigung der Schule und Lehrer im Religionsunterricht, über die Errichtung von konfessionellen Sonderschulen sind trassige Verletzungen der Reichsverfassung dem Sinne und dem Worte nach.

Nach Artikel 5 des Konkordats wird der Unterricht und die Erziehung der Kinder an den katholischen Volksschulen nur solchen Lehrkräften anvertraut werden, die geeignet sind, in zuverlässiger Weise in der katholischen Religionslehre zu unterrichten und im Geiste des katholischen Glaubens zu erziehen. Keine Rekrutierung kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß in dieser Bestimmung des Konkordats eine glatte Verletzung des Artikels 149 Abs. 2 der Reichsverfassung enthalten ist, der es bekanntlich der freien Willensentscheidung des Lehrers allein vorbehält, ob er religiösen Unterricht erteilen und kirchliche Berrichtungen vornehmen will. Nach dem Konkordate wird es künftig nicht nur ohne weiteres möglich sein, sondern auch sicher eintreten, daß der noch nicht unwiderrufliche Lehrer in Bayern entlassen und der unwiderrufliche Volksschullehrer gemäß Art. 39 Ziffer 3 des

England und das Genfer Abkommen.

Noch keine endgültige Entscheidung.

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie „Morning Post“ erzählt, ist die Regierung entgegen der allgemeinen Auffassung entschlossen, keineswegs über das Schicksal des Genfer Protokolls zu entscheiden, ehe eine persönliche Befragung der Dominions-Statthalter hat. Da mit Ausnahme Indiens und Neufundlands alle Dominien eine englische Sonderrechtskonferenz im März abgelehnt haben, wird nunmehr geplant, die Beratung über das Genfer Protokoll der nächsten regelmäßigen Reichskonferenz vorzubehalten und lediglich diese Reichskonferenz früher einzuberufen. In diesem Falle würde die Entscheidung Englands über die endgültige Stellungnahme zum Genfer Protokoll in der zweiten Hälfte des Jahres stattfinden.

Konferenz der baltischen Staaten.

Helsingfors, 15. Januar. (WZ.) Die am 16. und 17. Januar stattfindende Konferenz der Außenminister Finnlands, Estlands, Lettlands und Polens wird von der finnländischen Presse durchweg sehr freundlich begrüßt. Die Blätter heben die bedeutenden gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen, Handels- und Verkehrsinteressen der Konferenzländer hervor, welche gemeinsame Beratungen erforderten hinsichtlich der im Auslande erschienenen Äußerungen, daß die Ziele der Konferenz irgendwie auf eine politische Entente oder sogar einen Verteidigungsbund hingingen, heben die Zeitungen hervor, daß keine solche Frage auf dem Konferenzprogramm stehe und daß man von Seiten Finnlands auch keine nennenswerte Reizung dazu erwarten könne. Diese Auffassung tritt in den Äußerungen der Zeitungen der verschiedenen Lager klar hervor. „Suomen Sozialdemokratit“ (das sozialdemokratische Zentralorgan) wünscht Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Konferenzstaaten, sofern keine Rede sei von einem Bund, der die politische und wirtschaftliche Zukunft Finnlands mit der der anderen Zusammenknüpfte. Finnlands Geschichte, Kultur und Eigenart trenne

bayerischen Volksschullehrergesetzes in den Ruhestand versetzt wird, weil Umstände vorliegen, die seine Wirksamkeit in öffentlichen Volksschuldiensten nicht nur vorübergehend beeinträchtigen, ohne daß ihm eine Verletzung seiner Pflichten zur Last fällt. Es soll also Recht werden, daß der Lehrer Amt und Stellung verliert, wenn er von einem Grundrechte der Reichsverfassung Gebrauch macht.

Im § 2 des Art. 5 ist dann der Kirche das Recht eingeräumt, auch darüber zu wachen, daß die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen an den katholischen Volksschulen sich beziehen muß „sowohl auf den Religionsunterricht wie auch auf jene Fächer, die für den Glauben und die Sitte bedeutungsvoll sind“. Nimmt man hierzu die weitere Tendenz des Konkordats, entgegen dem Sinn und Wortlaut des Art. 143 der Reichsverfassung die Lehrerausbildung auf rein konfessioneller Grundlage zu sichern, so erkennt man wiederum das Bestreben, aus der Bekenntnisschule eine Kirchenschule zu machen. Dem gleichen Zweck dient die Bestimmung, die den kirchlichen Oberbehörden in den Prüfungskommissionen für die Erteilung der Lehrerbefähigung an den katholischen Volksschulen mindestens für die Prüfung aus der Religionslehre eine angemessene Vertretung sichern, ferner jene Bestimmung im Art. 8 des Konkordats, die entgegen dem klaren Wortlaut der Art. 144 und 149 der Reichsverfassung der Kirche ein umfassendes Aufsichtsrecht über den Schulbetrieb einräumt. Ein weiterer schwerer Verstoß gegen die Reichsverfassung liegt darin, daß das Konkordat entgegen den Bestimmungen des Art. 146 der Reichsverfassung die Bekenntnisschule als Regelschule festlegt. Nach der Reichsverfassung hat die Gemeinschaftsschule die Regelschule zu sein.

Der Einwand, daß es sich bei der Bekämpfung dieses Konkordats um einen Kampf gegen die Religion handle, ist ebenso billig wie einseitig. Es handelt sich um etwas wesentlich anderes. Es handelt sich darum, daß im zwanzigsten Jahrhundert kein „Kirchenstaat“ des Mittelalters, sondern das „Staatsvolk der Gegenwart“ lebt und daß schon vor hundert Jahren der Bayer Monarch sich zu dem Satz bekannte, daß das Schulwesen Staatssache ist. Zu verhindern, daß die bayerische Schulpolitik unter Verletzung des Reichsrechtes hinter das Jahr des ersten Konkordats, 1918, zurückgeht, ist Aufgabe und Ziel des notwendigen, rückwärtslosen Kampfes gegen die bayerischen Kirchenverträge.

Die Akten des Herrn Tirpitz.

Warum wird hier vertuscht?

Im „Berliner Tageblatt“, in dem zuerst der Historiker Dr. Friedrich Thimme darauf aufmerksam machte, daß der deutschnationale Großadmiral v. Tirpitz sich staatliche Dokumente in großem Umfang persönlich zugeeignet und sie zu persönlichen Zwecken und zu persönlichem Vorteil verwertet habe, wird jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß eine amtliche Aufklärung dieser Affäre bisher immer noch nicht erfolgt ist.

Die zuständigen Stellen stehen angeblich auf dem Standpunkt, daß zwar eine Aneignung amtlicher Dokumente erwiesen, daß aber eine strafrechtliche Verfolgung deswegen nicht angängig sei, weil infolge der Amnestieverordnung der Volksbeauftragten das Verbrechen nicht mehr verfolgt werden könne. Tatsache sei, daß sowohl im Reichswehrministerium, Marineabteilung, wie im auswärtigen Amt wichtige amtliche Schriftstücke fehlen! Das „Tageblatt“ fordert deshalb, daß ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde und daß die Akten beschlagnahmt und dem Reich als rechtmäßigen Eigentümer wieder zugeführt werden müßten.

Diese Art der Darstellung erweckt den Anschein, als wenn das „Berliner Tageblatt“ bei weitem nicht alles sagt, was es weiß! Es erscheint aber notwendig, daß in dieser Angelegenheit keinerlei Vertuschung ge-

duidet wird und daß, wenn die amtlichen Behörden sich in begreifliches Schweigen hüllen, diejenigen wenigstens mit der Sprache herausrücken, die mehr von der Sache zu wissen scheinen, als sie öffentlich andeuten. Also: Was ist's mit den Akten des Herrn Tirpitz und welche Stellen sind ihm bei der rechtswidrigen „Aneignung“ behilflich gewesen?

Kundgebung für den Reichspräsidenten.

Ein Schreiben der Stadt Magdeburg.

Der Reichspräsident hat aus Magdeburg folgendes Telegramm erhalten:

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Magdeburg schließen sich dem unerhöhllichen Vertrauen der Reichsregierung an und entbieten Ihnen, verehrter Herr Reichspräsident, wegen der aus Anlaß des Magdeburger Prozesses gegen Sie gerichteten Angriffe den Ausdruck ihrer Hochachtung und Verehrung.

Der Magistrat, gez. Weims.

Die Stadtverordnetenversammlung, gez. Boer.

Ihr tägliches Brot.

Sie leben von der Verleumdung.

Aus der Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Die „Rote Fahne“ setzt ihre schmutzigen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie fort. Anlässlich der Konstituierung des Ausschusses zur Untersuchung der Kredite der Staatsbank behauptet sie: „Die Deutschnationalen haben mit den Sozialdemokraten eine Einheitsfront zur Vertuschung des stinkenden Barmat-Standals gebildet.“ Wir stellen dazu lediglich folgendes fest: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ausschließlich für ihre fünf Vertreter in diesem Untersuchungsausschuss fünf Genossen benannt, die weder jemals in Zusammenhang mit der Barmat-Affäre genannt worden sind, noch die Barmats irgendwie kennen. Sie hat damit den besten Beweis geliefert, daß, soweit es an ihr liegt, die Untersuchung gründlich, unparteiisch und rasch geführt werden soll.

Von einer Einheitsfront der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen zur Vertuschung kann also keine Rede sein. Wenn die Sozialdemokratie in diesem Ausschuss den Vorstehenden stellt, so deshalb, weil sie nach turnusmäßiger Verteilung der Vorsitzendenstellen, in dem Ausschuss ein Anrecht darauf hat. Eine Unterstützung der Deutschnationalen oder der übrigen bürgerlichen Parteien zur Erlangung dieses Postens bedarf sie nicht, weil ihr Recht auf diesen Posten nach der Geschäftsordnung feststeht. Auf dieses Recht zu verzichten, hat die Sozialdemokratie keinerlei Anlaß, da sie in dem Abg. Dr. Saenger-München einen zur Leitung dieser Verhandlungen und zur Förderung der Untersuchung geeigneten Mann besitzt.

Es ist ferner unwahr, daß die Sozialdemokratie sich für vertrauliche Verhandlung der Beratungen ausgesprochen hat. Sie hat der nichtöffentlichen Beratung nur für die erste Sitzung zugestimmt, weil in dieser Sitzung lediglich die Beratung des Geschäftsplanes vorgenommen wird, nach dem der Ausschuss zu arbeiten gedenkt. Diese Frage aber ist für die weitere Öffentlichkeit nicht von Interesse. Die Abgeordneten des Reichstages jedoch, auch die, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, sind zur Teilnahme zugelassen, ebenso kann über diese Sitzungen jedes Mitglied des Ausschusses nach seinem Ermessen für die Öffentlichkeit berichten.

Die Vorwürfe der „Roten Fahne“ sind also in jeder Richtung unwahr.

Treuhänder für den Barmat-Konzern.

Wie die B.S.-Korrespondenz erfährt, sind entsprechend einem Uebereinkommen aller Gläubiger für den Barmat-Konzern als Treuhänder ernannt worden: Justizrat Waldschmidt von Ludwig Lüne H. G. und Kommerzienrat Manasse von der Revisions- und Treuhand H. G. Beide Herren werden ihr

Amt in den nächsten Tagen antragen und nach Prüfung der Bücher in einer Besprechung der Gläubiger Bericht über die Lage des Gesamtunternehmens erstatten.

Sadoul über Lenin.

Ein Schlag ins KPD-Routen.

Als Heinrich Brandler vor deutschen Richtern sich wegen des Vorwurfs des revolutionären Hochverrats verantworten sollte, da schlug er in seinem Schlusswort patriotische Töne an, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Das hinderte ihn nicht daran, bald danach zu den höchsten Ehren in der KPD zu gelangen, und wenn er später doch abgehakt wurde, so geschah dies aus ganz anderen Gründen.

Es ist menschlich durchaus begreiflich, daß der verurteilte ehemalige Hauptmann und Kommunistenheld Jacques Sadoul die gleiche Taktik einschlug, als er am Montag persönlich vor den Militärtribunalen stand. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß seine Erklärungen über die Absicht Lenins und Trozkis, den Krieg gegen Deutschland fortzuführen, wenn nur die damalige französische Regierung die Beziehungen zu ihnen aufgenommen und ihnen die Disziplin der französischen Militärmission als Instruktoren für die russischen Rekruten zur Verfügung gestellt hätten.

Die inzwischen eingetroffenen Pariser Blätter vom Dienstag bestätigen übereinstimmend in ihren Prozeßberichten die telegraphischen Mitteilungen des von uns abgedruckten und besprochenen TL-Berichtes. Darin heißt es wörtlich:

„Etwas, was man nicht weiß und was stets in den Herzen aller anständigen Leute verankert bleiben wird, ist, daß Lenin und Trozki nicht aufgehört haben, ein Zusammenwirken mit Frankreich zu verlangen, das ihnen gestattet hätte, den Krieg gegen Deutschland wieder aufzunehmen.“

Sadoul, der übrigens auf Empfehlung des damaligen Munitionsministers Albert Thomas und als dessen Vertrauensmann nach Rußland gefahren war, zählte in seiner Rede des weiteren alles auf, was er im Interesse der französischen Kriegführung in Moskau nach dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution geleistet habe: er habe im Einvernehmen mit seinem Vorgesetzten in der französischen Mission, dem General Riehel, die Entsendung nichtkommunistischer russischer Generale als militärische Berater nach Brest-Litowsk bei Lenin durchgeführt, weil die russische Delegation zunächst keine militärischen Fachleute zählte. Er habe des weiteren den Einmarsch von 50 000 tschechoslowakischen Legionären in Rußland veranlaßt, aber der Bolschewist Roussens habe (anstatt die Legionäre als Kanonensuttler gegen Deutschland zu gebrauchen, wie es Sadoul und Lenin wünschten) diese Truppenmacht gegen die Sowjetregierung zu verwenden versucht.

Inwieweit diese Darstellung Sadouls den geschichtlichen Tatsachen entspricht, darüber ist ein abschließendes Urteil noch nicht möglich. Jedenfalls hat der kommunistische Hauptmann Sadoul damit sein erstes Ziel erreicht und seine provisorische Freilassung von den Militärtribunalen erwirkt. Die „Rote Fahne“ schreibt nach einem gewundenen Verlegenheitsgestammel, es sei „ein Blödsinn zu behaupten, daß Lenin daran gedacht habe, im Bündnis mit Frankreich den Krieg gegen Deutschland zu führen“. Wir verstehen es durchaus, daß die „Rote Fahne“ das größte Interesse daran hat, diese Behauptung zurückzuweisen, die geeignet ist, der Lenin-Legende Abbruch zu tun. Dann muß sie aber wählen zwischen Lenin und Sadoul. Entweder leugert sie weiter, ebenso wie die „Humanität“ den „Genossen Sadoul“, obwohl er es ist, und kein anderer, dem man die „blödsinnige“ Enthüllung der Kriegsabsichten Lenins verdankt.

Die bisherigen Vizepräsidenten der französischen Deputiertenkammer wurden alle wiedergewählt: Bouisson (Soz.) mit 432 Stimmen, Bouilloux-Lafont (Linksradikal) mit 330 Stimmen, Boujssou (Rad.-Soz.) mit 320 Stimmen und Alexander Barrens (Soz.) mit 315 Stimmen.

Neuforge.

Von Erich Gottgetreu.

Unzählige kennen den Namen Elise Brandström, Tausende und aber Tausende, denen sie gehollt hat, wissen ihr ewig Dank. Wert auch alle ihre Geschäfte: Sie, die Tochter des schwedischen Gesandten in Petersburg, ging bei Ausbruch des großen Nordens nach Sibirien, dort soll sie als Rote-Kreuz-Schwester tatkräftig allen deutschen und österreichischen Kriegsgelungenen, nun selbst eine „Gelande“ im höheren, kühneren Sinn des Wortes war sie vielen Vermittlerin, Trösterin, Retterin. Um nur eine Zahl zu nennen, über tausend Waggons mit Decken und anderen Gaben der Liebe leitete sie den Befehlungen zu.

Das Schlachten war zu Ende, wer konnte, durfte noch Hauste Vieh, wer Hagen abblenden war, den holte das Vieh — was scherte es die Schuldigen? Hörsen ritten in den Städten und die Massen überkam das trübsinnige Gend. Das Wort lag man ihnen aus den Knochen, Papiermarkt regnete es dafür, gräßlich groß war die Not.

Weder half mit allen Kräften ihren Schicksal Elise Brandström, der weltliche Konze. Ueber ihre russisch-sibirische Tätigkeit schrieb sie in schwedischer Sprache ein Buch, das auch in deutscher Uebersetzung in der „Vertragsgesellschaft für Politik und Geschichte“ erschien. Mit Geld brachte das Buch während der Anfechtung, für deutsche Begriffe und Verhältnisse ungeheuer viel Geld und im Gegenzug zu den ungelassenen Lagen des hiesigen Kriegesmemorien Büchlein H., die dem deutsch-amerikanischen Dollarscheitel, kaufte Elise Brandström für den Erlös ein großes Gut bei Nden mit zwei Kurhäusern und dreißig Morgen Land in Norienborn bei Romang, einem hübschen Platen mit Moor- und Schmelzstätten im nordöstlichen Sibirien. Die, die sie einmal betreute, vergißt Frau Brandström nicht, und jeder, der in Sibirien oder Rußland gelandet war, darf sich in Marienborn erholen und pflegen. Was ist das schönere Symbol: Lannenberg oder Worlenborn?

Und selbst für die Kinder sorgt die große Standmännlein. Manchem sterbenden Soldaten hätte sie ja das Versprechen gegeben, sich seiner Kinder anzunehmen und um das Verpflegen halten zu können, fuhr sie unterföhrungslustig nach Amerika. Dort hielt sie sechs Monate lang Vorträge, erlommte hunderttausend Dollar und schickte davon vom „Reichiger Bürgerverband“ auf norläufig zehn Jahre das herrliche Rinderheim „Schloß Neuforge“. Ein lebendes Denkmal menschlicher Größe und Güte wurde es am 15. Januar 1923 inmitten des buntprächtigen mittelasiatischen Hügellandes, am tiefen Talsünder des Sibirienluftes, von Elise Brandström eingeweiht.

In einer heißen Stunde brachte mit der Bummelzug von Chemnitz nach Mt.-Witzweida, lange, lange stoppte ich noch auf verschämten Wegen, denn aber stand ich plötzlich vor dem wunderlichen Schloß aus urföhrlichen Zeiten, Selbst der hübsche Dezemberregen konnte ihm nichts von seiner Vornehmheit rauben. Der Hofhund bellte, von irgendwo hörte ich lachtes Rinderlachen, auf dem großen Indenumständen Hof schwapten fröhliche Jungen, Männer und Frauen, Koblen — ein Bild des Friedens. Eine der Schipperinnen — große Figur, blaue Augen, blonde Haare, einfach und schön — frönte ich nach Frau Brandström. „Guten Tag, mein Herr! Das bin ich.“

So verlebte ich denn wirklich einen guten Nachmittag auf Schloß Neuforge, und nie werde ich es vergessen, wie ich an der Seite dieser großen Frau das Haus durchstreifte und wie bezaubert alle Augen leuchteten, die „Schwester Elise“ fanden. Die Kleinsten und die Größten, sie alle hängen mit gleicher Liebe und Dankbarkeit an ihrer Lieber-Mutter.

Die Kleinsten sind noch Babys, die Größten wohl schon fünfzehn Jahre alt, alle haben frisch, lauter und gesund aus — der Einbild war eine Lust. Aber daß der längere Aufenthalt in diesem Heim, das so gar nichts von einer Anstalt an sich hat, den Kindern gleichfalls eine große Freude ist, das merkte ich auch. An die siebenhundert Gähle hatte Neuforge im vergangenen Jahre, und alle haben sich glänzend erholt. Seit traf ich dreihundanzig Stammkinder an, sie werden dort möglichst bis zur Berufsreihe erzogen und — man kann wohl nach Elise Brandströms Grundrissen auch legen — hochgezogen. Denn das ist das Motto: Von Kindern werden aufgenommen resp. behalten nur die, die körperlich und geistig gesund sind. Unternährte werden gesund gepflegt, aber allseinergefährlich Kranke, Tishopathen usw. können keine Aufnahme finden. Das klingt hart, aber es ist die konsequente Formulierung eines edlen Zielwillens. Nur bei Einhaltung solcher Grundzüge ist ja eine ungehemmte freie Erziehung möglich. Allerdings, marastische Fehler werden bekämpft, denn Lügen ist schlimmer als Holenzerrissen.“ Iost Frau Brandström, aber dann fährt sie fort: „Ich glaube, viel Freiheit, wie die Kinder hier haben, haben andere nie im Leben.“

Jungen und Mädchen sind in einer großen Zahl einzelner Familien zusammenschlossen, die Jungensfamilien haben ihre Väter, meistens Werkstätten, die Mädchenfamilien ihre Mütter, das sind dann Rinderpärtnerinnen und Diakonissinnen. Jede Familie hat in eigener Haushaltung ihr hübsch geschmücktes Wohnzimmer und ihren sehr geräumigen Schlafsaal. In der einen Wohnung war alles mit Holstein und Kiebeln beschönigt, in einer anderen wurde ein Märchen vorgelesen, wieder in einer anderen konzentrierte sich gerade alles Interesse auf einen knipflichen Pfeffertuch, und stilleremüßig fand ich zu Bett ein Mädchen, das bei Puppen und Pappden das weiblichste Quackweh verpackt. Noch wunderlicher sah ich auf meiner Streife durch Schwester Elises Kinderland, nicht zu vergessen die hohen Babehallen, die große Küche und die Tischlerei vom „Vater Schmidt“.

Wünsche sind natürlich mehr als genug da, die Notwendigkeit ihrer Erfüllung ist ja bei einem solchen „Betriebe“ ganz selbstverständlich, die Bitte darum sollte fast überflüssig sein. Alles, alles, alles können wir hier gebrauchen.“ Iost Frau Brandström, um Näheres befragt, und mancherlei wird mancher ihr aber auch lachen können. Gewiß, Knapp ist's heute fast überall, doch nicht überall ist's so, doch nicht irgendwelchen Gebrauchsgegenstand für kleine oder größere Kinder noch übrig bliebe, daß sich nicht ein alles Ziel, ein Silberbuch finde, das die Wanderung in Elise Brandströms Erziehungsheim in Schloß Neuforge bei Mt.-Witzweida (Sachsen) antreten könnte.

Bereicht nicht dieses Haus der Liebe, vergeht nicht seine Seele, vergeht nicht seinen letzten Sinn! Der Mensch werde gut!

Die Galerie Matthiolen, Puppentheater Str. 5, zeigt eine Ausstellung französischer Impressionisten und alter Meister.

Tragödie der alternden Frau.

Was sollte Frau Barbara tun, nachdem die Sache mit Berojowski herausgefunden war? Sie verheiratete den Geliebten mit der hübschen Vilegetochter. Zum trat ein, was jeder kluge Mann sich sagen konnte: Berojowski fühlte sich ganz wohl bei der Jugend, er ließ schleunigst die Koffer packen und ging auf die Hochzeitsreise nach Biarritz. Mit ihrem Gatten, der durch den Schmutz der Frau Barbara ganz sicher geworden ist, bleibt die verlassene Mutter und Geliebte zurück. Täglich erblickt sie neue weiße Haare in ihren sonst sehr schönen Flechten. „Herbstliche Geigen“, so heißt sie, Tragödien der alternden Frau.

Anroger dieser trüben Gedanken ist der Russe Iija Surgutjewa. Er ist nicht gerade ein erfindungsreicher Mann, aber die Schwermut ruhmert auch in ihm. Wie überall bei unseren östlichen Nachbarn. Als die Menschen nach Zeit hatten, sich solcher Herbststimmung hingugeben, also vor dem Kriege, wurden diese vier Altie geliebt. Sie wirkten darum heute etwas veraltet. Vielleicht ist auch der Ueberseher daran schuld, daß die Leute sich alles, auch das Geheimnisvolle und Dunkle des Gemüts mit allzu trassen Worten ins Gesicht legen. Surgutjewa, ein Mann, der dem langen Gefolge der großen russischen Romanovs nachwandert. Was er symbolisch andeuten möchte, ist seinem moralischen Werte nach etwas aus der Mode gekommen. Darum wird man nicht immer durch sein auch dramaturgisch etwas laihmes Stücklein ergötzt.

Mit Andacht spielen im Renaissance-Theater Maria Eis, Adolf Ruenger, Edith Edwards und Kurt Henjel. Daß sie etwas zu sehr hinter dem zurückbleiben, was sie sein möchte, ist bedauerlich. Aber jeder von ihnen hängt mit Fleisch an seiner Rolle. R. S.

Die Einführung des „astronomischen Tages“. Vom 1. Januar 1925 an gilt nach einer Mitteilung der „Astronomischen Zeitschrift“ für alle astronomischen Zeitangaben nicht mehr die Jähzwelke des 24stündigen Tages, die um 12 Uhr mittags beginnt, sondern die, die zur Zeit der Mitternacht anfängt. Es ist dies der sog. „astronomische Tag“. Man hat sich schon 1916 darauf geeinigt, als fundamentalen Meridian bei allen astronomischen Angaben den Meridian von Greenwich festzusetzen, und auch die Einführung des neuen astronomischen Tagesanfangs erfolgt auf internationaler Verständigung. Die neue Zeiteinteilung heißt Welt-Zeit, und die Welt-Zeitstunden werden von 0 Uhr bis 24 Uhr durchgezählt. Die mitteleuropäische Zeit zählt eine Stunde mehr als die Welt-Zeit; es ist also 6 Uhr Weltzeit = 7 Uhr mittags mitteleuropäischer Zeit und 12 Uhr Weltzeit = 1 Uhr nachmittags bei uns.

Die Volkshochschule Groß-Berlin eröffnet am 19. Januar im Bezirk Friedrichshagen (Hauptwerkstraße Straßauer Platz) eine neue Werkstätte. Es finden zunächst die Kurse: Biologie, Zoologie, Botanik, Philosophie; dort hat, außerdem ein vom Reichsamt berufener Leiter englischer Sprachkurs, Programm und Karten im Bezirk, Vertulstr. 49, Zimmer 25.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, findet, veranstaltet vom Bund Deutscher Gebrauchsgeschäftler E. B. Vandesgucht Berlin-Brandenburg am 16. abends 8 Uhr, ein Vortrag von Graf Emil Orlik über „Kunst und angewandte Kunst“ statt — Kaulen an 2 R. Aud an der Abendkasse zu haben. Preisverkauf 1925. Der Kartenverkauf für den Verzeß beginnt am 26. Januar.

Gewerkschaftsbewegung

Wie die Unternehmer wirtschaften.

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:
 Zu dem Artikel: „Deutschland in der Welt hinten dran“ in der Nr. 16 vom Sonnabend, den 10. Januar, teile ich Ihnen folgendes mit: In dem zweiten Abzug des abgedruckten Rundschreibens des Verbandes der hannoverschen Metallindustriellen heißt es: „Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, uns baldmöglichst mitzuteilen... insbesondere auch, ob solche Hindernisse (für die Durchführung geplanter verbilligender Einrichtungen) durch die Stellungnahme der Arbeitnehmern selbst hervorgerufen wurden.“ Zur Illustrierung teile ich Ihnen meine persönlichen Erfahrungen mit.

Ich bin in dem Betriebe der H.G. in Berlin... beschäftigt. Beim Studium der mir ausgehändigten Arbeitsordnung hatte ich das Gefühl, daß hier bei der Bestimmung alles und jedes bis ins kleinste geordnet und geregelt ist. Am zweiten Beschäftigungstage ging ich zur Werkzeugausgabe, um mir zwei abgenutzte Drehstäbe gegen in Ordnung gebrachte umzutauschen. Nachdem ich eine Weile gewartet hatte, weil einige Kollegen vor mir da waren und erst abgefertigt werden mußten, denn für die ganze Abteilung ist nur ein einziger Abfertigungsschalter an der Werkzeugausgabe, erhielt ich von dem Ausgeber, nachdem dieser eine Zeitlang gesucht hatte, den Befehl, es wären noch keine Stäbe (rechte Schruppstäbe, nicht einmitten kompliziertes Spezialwerkzeug) vorhanden. Angeordnet seien sie schon sehr lange. Am gleichen Tage brauchte ich einen 40 Millimeter starken Drehbohrer. Ganze drei Stück wurden mir zur Auswahl vorgelegt. Und das bei einer Belegschaft von der circa 50 Leute Drehbohrer gebrauchen. Am 5. Tage forderte ich einen Mutterbohrer von 27 Millimeter Stärke. Zwei Kollegen wurden mir namhaft gemacht, die die zwei vorhandenen Dorne in Gebrauch hätten. Eine verstellbare Reibhülse, 27 Millimeter, erhielt ich wohl, als ich über einen dazugehörigen Ringmutter Schlüssel forderte, um die Reibhülse einstecken zu können, sagte mir der Ausgeber: „Das ist feiner! Spunn doch der Ding in den Schraubstock!“ Die in anderen Betrieben von Lehren resp. Werkzeugschlossern genau hergerichteten Zahnstühle für die Werkzeugdreher müssen hier an einer ganz primitiven, frusterhaften Schleifvorrichtung von jedem selbst hergerichtet werden und trotzdem verlangt man, daß beim Einführen der Lehre in das gedrehte Fassonstück kein Lichtspalt sich zeigt.

Hier wäre also vieles zu bessern, wenn die Unternehmer die Zeit, in der sie Material gegen die Arbeiter sammeln, dazu benutzen würden, in ihren Betrieben das Betriebsmaterial zu modernisieren. Die Herren von der Kalkulation kennen natürlich diese Mängel nicht für diese Herren ist alles in letzter Ordnung. Und wenn man in einer Kontroverse darauf hinweist, mit welcher Schwierigkeit man zu rechnen hat, dann antworten sie: „Ja, das geht uns nichts an, wir kalkulieren nur.“ Wenn ich nun schon in den acht Arbeitstagen für mich allein diese Reihe von Produktionserschwerungen festgestellt habe, kann ich mir einigermassen ein Bild davon machen, wie es im allgemeinen aussehen mag. Als Kuriosum mag zum Schluss noch erwähnt sein, daß bei der durchschnittlich schmutzigen Arbeit für die Leute unserer Abteilung in der Reibablage nicht einmal warmes Wasser zur Verfügung steht. Weis-Arno H.G.

Soweit die in dieser Beziehung interessante Zuschrift. Sie beleuchtet geradezu ungläubliche Zustände in der Betriebsführung. Ein amerikanischer Unternehmer würde über einen derartigen Schandrian oerständnislos den Kopf schütteln. Man bemerke, daß es sich um qualifizierte Arbeiter handelt, deren Zeit durch die Schlamperie der Betriebsführung bereits verströht wird. Bureaucratisiert sind die deutschen Unternehmungen in einem Maße, daß der Betrieb dadurch gehemmt, jede Initiative erstickt, alle Verbesserungsvorschläge im Instanzenweg torgeschickt werden, Rationalisiert, d. h. den Leerlauf überaus ausschalten, die Betriebsmittel normalisieren, sie stets in bester Auswühl zur Verfügung der Arbeiter halten, die Arbeiter durch Dualitätsbeziehung, d. h. durch Zahlung von Löhnen, die mindestens doppelt so hoch sind wie die gegenwärtig üblichen, zur Qualitätsleistung anspornen, rationalisiert ist so gut wie gar nicht.

Wenn es den Unternehmern an Geist und Initiative dazu fehlt, dann sollten sie — wie sie es ja eigentlich müßten — die Betriebsräte dazu heranziehen. Aber gerade das wollen die Unternehmer nicht. Ein Grund mehr für die Betriebsräte, auf ihre Rechte zu bestehen, und für die Arbeiterschaft, nur solche Betriebsräte zu wählen, die, gedeckt von den Gewerkschaften, auch befähigt sind, die Mängel in den Betrieben zu beheben. Wenn es nicht anders geht, müssen die Unternehmer gezwungen werden, ihre Betriebe wirtschaftlich zu gestalten, statt mit der wenschlichen Arbeitskraft Schindluder zu treiben.

Kommunistischer Opportunismus.

Unsere Feststellungen über die unautoritäre Strolchen arbeitende Unwissenheit der kommunistischen Reichstagsfraktion bei Stellung von Anträgen, versucht das bolschewistische Organ durch allerlei Krastausdrücke zu demoralisieren. Schon der Titel „Borndörfer“ und „Brennengedächtnis“, zeigt die troste Unwissenheit der Komunisten. Es handelt sich nämlich gar nicht um Brennengedächtnis, sondern um Staatsarbeiterlöhne und

Erwerbslosenunterstützung. Nur die Arbeitszeit bezieht sich auch auf die Beamten.

Das Bolschewistenblatt bemüht sich gar nicht zu leugnen, daß ihre eigene Reichstagsfraktion die berühmten „Sozialer Forderungen“ bereits in den Papierkorb geworfen hat. Wenn das am grünen Holz passiert ist es natürlich sehr leicht, anderen „Verrot“ vorzumwerfen. Das Bolschewistenblatt leugnet auch nicht, daß die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion, soweit sie sich auf die Löhne für die ungelerten Arbeiter im Reichsdienst beziehen, um 75 Proz. zurückbleiben hinter dem Existenzminimum, das dasselbe Blatt berechnet hat. Es leugnet auch nicht, daß die von derselben kommunistischen Reichstagsfraktion geforderte Erwerbslosenunterstützung höher ist, als die Löhne der ungelerten Reichsarbeiter, die die Kommunisten verlangen. Sie wirft uns vor, „einschließlich“ in „ausgeschlossen“ umgeändert zu haben, und zwar behauptet sie, daß es „ausgeschlossen“ der Familienzusätze“ heißen müsse. In Wirklichkeit gehen die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion noch über das hinaus, was wir angeführt haben. Sie fordert zunächst eine sofortige Auszahlung kommende Wirtschaftsbefehle von 200 M. plus 30 M. für jedes Kind für Verheiratete und 150 M. für ledige. Sie fordert zwar die Einbeziehung etwaiger Frauenaufschläge, jedoch nicht die der Kinderzuschläge. Ein verheirateter Erwerbsloser mit zwei Kindern würde also sofort eine bare Summe von 300 M. und eine wöchentliche Unterstützung von 41,20 M. erhalten gegenüber dem Einkommen eines ungelerten Reichsarbeiters von 32 bis 37 M. Was die Wirtschaftsbefehle betrifft, können die Reichsarbeiter in den Brand gucken. Neben solche „Arbeitsverweigerer“ lachen sich die Unternehmer einen Hül.

Vom Amnestieschwindel.

Am Mittwoch wird in der Berliner „Pravda“ über eine Amnestieprotestaktion der 9000 Gas- und Wasserwerksarbeiter an den Reichstag berichtet. Der Beschluß soll in einer Objektionskonferenz dieser Branche im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gefaßt worden sein. Wie uns von Obleuten der Gas- und Wasserwerksarbeiter mitgeteilt wird, fand wohl am 13. Januar eine Konferenz der Obleute der Gas- und Wasserwerke statt. In dieser Konferenz ist die Frage der Amnestie aber mit keiner Silbe erörtert worden. Anfang November bestand bei kommunistischen Mitgliedern der Branche die Absicht, diese Frage einer Funktionärerversammlung zu unterbreiten; diese Absicht ist aber niemals verwirklicht worden. Im übrigen treten wir wohl für die Amnestierung der politischen Gefangenen ein, nicht nur allein in Deutschland, sondern auch in Rußland. Wir lehnen es aber entschieden ab, uns zum Träger irgendwelcher kommunistischer Aktionen herzugeben. (In der „Pravda“ scheint man anzunehmen, daß ein Befehl an eine Zeile von dieser auch durchgeföhrt werden muß, und daß ein Antrag einer Zeile für die betreffende Mitgliedschaft ein Befehl ist, den man zu apporrieren hat. Wie das vorstehende Beispiel, das beliebig vermehrt werden könnte, jedoch zeigt, gibt es Jellen, die Befehle der KPD nicht weitergeben, vielmehr weil sie wissen, daß ein kommunistischer Befehl keine Aussicht hat, von den Mitglidern mit einem Dankgebet für Einomjem angenommen zu werden. Die Hauptsache ist schließlich ja nur die Veröffentlichung einer Resolution, damit Einomjem für sein Geld etwas zu lesen kriegt. Hat man keine, dann erfindet man eben eine.)

Der kommunistische Niedergang.

Stettin, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der am Mittwoch erfolgten Reuwahl der Ortsverwaltung Stettin des Metallarbeiterverbandes wurden die beiden Bevollmächtigten, die der Amsterdamer Richtung angehören, einstimmig wiedergewählt. Die zehn weiteren Mitglieder der Ortsverwaltung, die gleichfalls Amsterdamer sind, konnten 240 Stimmen auf sich vereinen, während die Kommunisten nur 66 Stimmen für ihre Liste aufbrachten. Das bedeutet eine vernichtende Niederlage für die früher hier besonders ärmend auftretenden Kommunisten im Metallarbeiterverband.

Wie die Einheitsfront gemacht werden soll.

Prag, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus einem Brief, der vom Sekretariat der „Komintern“ an den Zentralausschuß der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gerichtet wurde, geht hervor, daß die 2. Internationale den Fall Purcell zu einem neuen Einheitsfront-Schwindel zu benutzen beabsichtigt. In diesem Brief wird auf das Abkommen zwischen der englischen Gewerkschaftsdelegation und den russischen Gewerkschaften verwiesen. Dieses Abkommen soll wie der Brief ausführt, zur Grundlage eines internationalen Feldzuges für die Einheits-Gewerkschaftsbewegung werden, der den örtlichen Verhältnissen entsprechen soll. In der nächsten Zeit müsse alles getan werden, um den englisch-russischen Einheitsausschuß auszunutzen. Der Feldzug soll unter den Massen Mitteleuropas mit dem Schlagwort „Die Russen und Engländer haben sich genähert“ geführt werden. Ferner wird dem internationalen kommunistischen Gewerkschaftsverband in der Tschechoslowakei anbefohlen, den sozialdemokratischen Gewerkschaften den Antrag auf Einigung eines Einheitsfront-Ausschusses vorzulegen. Dieser Einheitsausschuß soll dann die Verbände Polens, Ungarns und Oesterreichs zur Bildung einheitlicher Ausschüsse ihrer Länder auffordern und noch deren Errichtung mit diesen in Verbindung treten. Der Plan geht dann weiter darauf hinaus, aus den vier Einheitsausschüssen einen einheitlichen Ausschuß Mitteleuropas zu bilden, der die Umwandlung des englisch-russischen Ausschusses in einen internationalen Ausschuß zu beauftragen hat. Die tschechoslowakischen Gewerkschaften sollen sich dann an den Generatrat der englischen Gewerkschaften mit der Forderung wenden, daß Purcell und Her-

bert Smith in Mitteleuropa zur Propaganda für die Einheitsfront Versammlungen abhalten. Außerdem will man an die Arbeiter Broschüren verteilen, in denen für die Einheitsfront der Gewerkschaften Propaganda gemacht wird. In diesen Broschüren soll der Streit zwischen dem linken und dem rechten Flügel innerhalb der Amsterdamer Internationale ausgemacht und die reformistisch eingestellten Arbeiter auf das Beispiel Purcells aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitg ist beabsichtigt, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verstärken.

Wirtschaft

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im Dezember.

Ueber die dem „Reichsarbeitsblatt“ vorliegenden Berichte zum Konjunkturverlauf gibt dieses amtliche Organ folgenden Gesamtüberblick:

Im Dezember hatte die deutsche Industrie im allgemeinen eine weitere Zunahme des Inlandsabzuges, die Auslandsnachfrage hat sich jedoch nicht gehoben. Der Auftragseingang war besonders in der eisenerzeugenden Industrie lebhaft, zum Teil handelte es sich um Einzelaufträge, die vor dem erwarteten Einsetzen weiterer Preissteigerungen vorgenommen wurden. Soweit sich der Beschäftigungsanstieg des Weihnachtsgeschäftes gebietet hatte, machte sich Ende Dezember/Anfang Januar wieder eine Ab- schwächung fühlbar. Im ganzen scheint das Weihnachtsgeschäft hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein. Bei der verminderten Kaufkraft des deutschen Volkes bewegten sich die Umsätze in engen Grenzen, und die Nachfrage richtete sich in erster Linie auf Erzeugnisse einfacherer Ausführung wie auf Gezeulstände, die geringere Anschaffungskosten erforderten.

2778 typische industrielle Betriebe mit 1,27 Millionen Beschäftigten berichteten an das „Reichsarbeitsblatt“ über ihren Beschäftigungsgrad im Dezember mit Vergleichszahlen zum Monat vorher. Der Anteil der Arbeitskräfte in Betrieben mit schlechtem Beschäftigungsgrad ging von 35 Proz. im November auf 29 Proz. im Dezember zurück; die Zahl der gut beschäftigten Betriebe erhöhte sich von 20 Proz. auf 24 Proz. Die Berichte der Landbearbeitungsämter lassen in der zweiten Monatshälfte eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes erkennen, nachdem bereits in den ersten beiden Wochen in der Landwirtschaft und in der Lohnarbeit weisfährer Art die Beschäftigungsmöglichkeit zurückgegangen war. Industrie und Handel hatten in der ersten Hälfte des Berichtemonats größere Aufnahmefähigkeit gezeigt; in der letzten Dezemberwoche machte sich dann die Abschwächung im Beschäftigungsgrad unmittelbar nach dem Weihnachtsest fühlbar, die allmählich einzutreten pflegt. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen nahm wieder etwas zu.

Die französischen Sparkassen.

Man unterscheidet in Frankreich die aus Ansuchen der Gemeinden nach Zustimmung des Staatsrats durch Verordnung errichteten privaten oder gewöhnlichen Sparkassen und die staatliche Sparkasse (Postsparkasse). Die erste gewöhnliche Sparkasse wurde im Jahre 1818 in Paris errichtet; Ende 1923 gab es 558 derartige Anstalten (davon 7 in Algier). Die staatliche Sparkasse wurde durch Gesetz vom 2. April 1881 geschaffen; ihr stehen neben zahlreichen Zweigstellen sämtliche Postämter zur Verfügung. Bei den gewöhnlichen Sparkassen betrug die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparkassenscheine Ende 1913: 8.600.000, Ende 1923: 8.828.000; gleichzeitig stieg der Betrag der Spargelder von 4011 auf 8296 Millionen Frank. Bei der staatlichen Sparkasse stieg die Zahl der Sparkassenscheine von 6.406.000 Ende 1913 auf 7.287.000 Ende 1923, der Betrag der Spargelder von 1818 auf 3272 Millionen Frank.

Die Zahl der Sparer hat sich in der Nachkriegszeit bis 1922 günstig entwickelt; im Jahre 1923 ist sie stabil geblieben (bei den gewöhnlichen Sparkassen Rückgang um 97.000, bei der staatlichen Rolle Zunahme um 97.000). Die Guthaben sind in der Nachkriegszeit, in „Frank“ gerechnet, stark gesunken (1923 noch um 490 bzw. 220 Millionen), aber am Dollar gemessen erheblich gestiegen.

Die Einzahlungen bei den Sparkassen fließen in die Depos- und Konignationskassen; abgesehen von den für die Rückzahlungen und für die Verwaltung als erforderlich erachteten Mitteln, müssen sie in Staatsanleihen oder staatlich garantierten Wertpapieren angelegt werden (die Gelder der gewöhnlichen Sparkassen eventuell auch in gewissen anderen Schuldverschreibungen öffentlicher Körperschaften). Für Guthaben und Zinsen der Sparer haftet der Staat. Daher kommt auch der Vermögenslage der Sparkassen keine sonderliche Bedeutung zu. Immerhin muß es als erstaunlich bezeichnet werden, daß in den Bilanzen der staatlichen Sparkasse die Staatspapiere mit ihrem Ankaufspreis auf der Aktivseite gebucht werden. So erscheinen in der Bilanz für den 31. Dezember 1923 die 1279 Millionen Frank dreiprozentiger Rente mit 1231 Millionen Frank, trotzdem ihr Wert an jenem Tage bei einem Kurs von 53 1/2 Proz. nur 681 Millionen Frank betrug.

Zusammenhang in der Juderindustrie. Der langgehegte Plan der Juderfabriken, einen festeren Zusammenschluß durchzuführen, ist in den letzten Tagen zum Teil verwirklicht worden. Es handelt sich vorläufig um einen Zusammenschluß der mittel- und deutschen Juderfabriken. Der neue Verband umfaßt die Fabriken der Provinz Sachsen, Anhalt, Thüringen und Proumschweig. Er wird sich als Einkaufsvereinigung und wahrscheinlich auch durch Regelung der Verkaufs-Konditionen betätigen.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Weiser, Wirtschaftl. L. V. J. Giering; Gewerkschaftsbewegung: J. Giering; Neuzeit: A. B. Giering; Schule und Sport: Reichsarbeit; Wagners: E. Giering; Statistik in Berlin: Berlin; Wirtschaftl. Berlin: G. M. B. Berlin; Druck: Schmidt-Broschendorf; und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

BLUTARMEN-KRANKEN
 ärztlich empfohlen
 Freundlich
 Süßer
 Stärkungs-Wein
Santa Lucia
 Künftig in Apotheken, Drogerien und Delikatessgeschäften.

HOLZHAUSER
 von 500 Mk. an
 Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kundentreu
 Holzhausbau Lüttmann
 8 M., Lützowstraße 51/51
 Berlin W 25/71

Hosen Hosen
 jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener Gladbacher Hosen-Zentrale.
 Herren- und Knaben-Anzugs-Hosensträger, Stutzen sehr preiswert
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale
 Rögner Str. 25 (nahe Gesundbr.)
 Blauer Laden - Fahrrelief-reiter

PAUL SCHENCK
 REICHENBERGER STR. 30
 BERLIN W 15
 70.-
 komplett m. 10 am Seiden-schirm l. elektrisch 70.- M.
 für Gas 15.-
 9.50
 aus unserer Reklame-Kollektion
 Größte Musterausstellung in Berlin.

RICHARD LOHMANN

HILDE LICHTWARK
 Tage einer entwurzelten Jugend
 Ein Roman, wie er spannender, erschütternder nie geschrieben wurde
 In Ganzleinen gebunden 2,50 M
 Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung und J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2
 Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Verweis“ und trotzdem billig!

Berliner Elektriker-Genossenschaft
 angez. d. Verb. sozialer Bauarbeiter
 Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
 Fernsprecher: Norden 1198
 Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
 Ausführung sämtl. Reparaturen
 Preiswerte, gediegene Arbeit

Hunde
 Katzen, Papageien und kleine Hausiere werden behandelt
Tierärztliche Poliklinik
 Chausseestraße 93
 neben Kriegervereinshaus, Sprechstunden von 11-1 u. 4-6 Uhr

Stempelfabrik Roberi Hecht
 Inhaber: Alfred Hecht
 Berlin S. 42
 Ritter-Str. 116
 liefert schnell und billig
 alle Arten Stempel
 Tel. Npt. 721

H. BALUSCHIEK
Großstadtgeschichten
 Soeben erschienen. Mit Bildern von ihm selbst.
 In Ganzleinen gebunden 1,60 Mark. Zu haben: Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2